



6H₂

LIBERALE
PARLAMENTSARBEIT 2019



Freie
Demokraten
FDP

Herausgeber | Impressum

FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-918
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp.de

ViSdP: Dr. Jan Havlik, Pressesprecher

Projekt und Gestaltung:
Niklas Junkermann

Abbildungen:
Gruppenbild: Stephanie Trezn

Titel:
©iStock/MF3d | ©iStock/piola666 | ©iStock/metamorworks
©iStock/GAPred | ©iStock/nickylarson974 | ©iStock/Urupong

S. 7 ©iStock/filmfoto
S. 8 ©iStock/ollo
S. 15 ©iStock/Chalabala
S. 17 ©iStock/matejmo
S. 20 ©iStock/iMarianVejcik
S. 23 ©Pixabay/Anestiev
S. 24 ©Pixabay/bingngu93
S. 31 ©iStock/S_e_P_p

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Im Folgenden finden Sie eine Zusammenstellung der Arbeit der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Die hier genannten Publikationen finden Sie auf unserer Homepage. Hier erhalten Sie auch aktuelle Informationen und Termine:

www.fdp-dvp.de

Für Debatten und Anträge im Landtag empfehlen wir Ihnen die Parlamentsdokumentation:

<http://www.landtag-bw.de/home/dokumente/parlamentsdokumentation.html>

Stand: 02. Dezember 2019

Regelmäßige Informationen und Neuigkeiten gibt es in unserem Newsletter. Einfach unter fdp-dvp.de/service-und-dienste/newsletter/ anmelden!

> Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Die Fraktion stellt sich vor	5
Finanzen	6
Wirtschaft, Wohnungsbau und Arbeit	8
Bildung	10
Wissenschaft, Forschung und Kunst	12
Innenpolitik	14
Digitalisierung	16
Recht	18
Europa und Tourismus	20
Verkehr	22
Sozialpolitik und Gesundheit	24
Ländlicher Raum und Verbraucherschutz	26
Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	28
Petitionen	30
Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“	32
Ansprechpartner in der Fraktion	34

Liebe Leserinnen und Leser,

liebe Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

„Leichte Sorgen lassen sich aussprechen, schwere machen stumm“ – so beschrieb es der römische Redner und Gelehrte Seneca schon vor fast 2000 Jahren. Auch heute sehen wir, dass daran leider viel Wahres ist. Die Arbeit unserer Fraktion im Landtag verstehen wir so, dass wir kleinen und großen Sorgen der Menschen in unserem Land gleichermaßen eine Stimme geben. Dabei sind es meist nicht die lautstarken Proteste, die auf Herausforderungen hinweisen.

Derzeit zeichnet sich ab, dass die Konjunktur im Land massive Einbrüche erlebt. Während die grün geführte Landesregierungen jahrelang in sprudelnden Einnahmen schwelgten, ist jetzt höhere politische Fertigkeit gefragt. Immer wieder wird Reduzierung und Verzicht gepredigt – auch in der eigenen Lebensweise, aber wer solches fordert, verkennt die Quellen unseres Wohlstands. Nur eine funktionierende Wirtschaft sichert Fortschritt in allen Lebenslagen und nur ein funktionierender Rechtsstaat garantiert den Rahmen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Alternativen dazu enden in Armut, Elend und Willkür.

Bei der Lektüre dieser Broschüre werden Sie sehen, dass es unser Anspruch bleibt, konstruktive und konkrete Vorschläge in allen Bereichen zu machen. Uns treiben beispielsweise die Sorgen an, dass Baden-Württemberg im Zuge der Transformation im Mobilbereich der ökologisch und ökonomisch schreiend falschen Batterieideologie hinterherläuft und es versäumt, in der wasserstoffbasierten Batterietechnologie technisch an der Spitze zu sein. Uns treibt an, dass Bildung in unserem Lande jährlich an Qualität verliert, dass Digitalisierung zum Nebenthema wird, dass Infra- und Sicherheitsstruktur zu wünschen übrig lassen oder dass überflüssige Regulierungen Abläufe behindern.

Wer angesichts von großen Herausforderungen verstummt, macht alles falsch. Wir laden Sie ein, unsere Arbeit zu verfolgen, mit uns zu diskutieren und die notwendige liberale Stimme der Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Ulrich Rülke". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Hans-Ulrich Rülke



Von links nach rechts: Nico Weinmann, Gabriele Reich-Gutjahr, Jürgen Keck, Rudi Fischer, Klaus Hoher, Prof. Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Daniel Karrais, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Timm Kern, Prof. Dr. Erik Schweickert und Stephen Brauer

> Die Fraktion stellt sich vor

Dr. Hans-Ulrich Rülke

Fraktionsvorsitzender

Dr. Timm Kern

Parlamentarischer Geschäftsführer
Stv. Fraktionsvorsitzender

Mitglied im Ausschuss Kultus, Jugend und Sport

Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender

Mitglied in den Ausschüssen Verkehr;
Soziales und Integration

Nico Weinmann

Stv. Fraktionsvorsitzender

Mitglied im Ständigen Ausschuss; im
Ausschuss Wissenschaft, Forschung
und Kunst; im Untersuchungsausschuss
„Zulagen Ludwigsburg“

Stephen Brauer

Mitglied in den Ausschüssen Finanzen;
Wissenschaft, Forschung und Kunst;
Petitionen

Rudi Fischer

Mitglied in den Ausschüssen Finanzen;
Ländlicher Raum und Verbraucherschutz

Prof. Dr. Ulrich Goll

Mitglied im Ausschuss Inneres,
Digitalisierung und Migration; und im
Ständigen Ausschuss

Klaus Hoher

Stv. Vorsitzender des Ausschusses
Ländlicher Raum und Verbraucherschutz;
Mitglied im Ausschuss Kultus, Jugend und
Sport

Daniel Karrais

Mitglied in den Ausschüssen Inneres,
Digitalisierung und Migration; Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft

Jürgen Keck

Mitglied in den Ausschüssen Soziales und
Integration; Verkehr; Petitionen

Gabriele Reich-Gutjahr

Mitglied in den Ausschüssen Wirtschaft,
Wohnungsbau und Arbeit; Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft

Prof. Dr. Erik Schweickert

Vorsitzender des Ausschusses Wirtschaft,
Wohnungsbau und Arbeit; Mitglied des
Ausschusses Europa und Internationales

> Finanzen

Im Jahr 2019 hat die Landesregierung einen finanzpolitischen Eiertanz aufgeführt. Nachdem im Mai die erste Steuerschätzung bekannt wurde, die nicht mehr wie bislang jedes Jahr das Steuer-Manna vom Himmel regnen ließ, kam es zu einem erbitterten Konkurrenzkampf unter den Ministerien um die letzten Mittel, die die Finanzministerin freigab. Nachdem die November-Steuerschätzung dann wieder Erleichterung versprach, haben die Koalitionäre in den Haushaltsberatungen stur die Wunschliste der Ministerien abgearbeitet. Was blieb auf der Strecke? Schuldentilgung und Steuer-senkung!

Wieder keine Absenkung der Grunderwerbsteuer zugunsten der Bezahlbarkeit von Wohnraum, obwohl das Aufkommen aus dieser Steuer sich mittlerweile seit dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten mehr als verdoppelt hat.

Keinen Euro für den Abbau der Kreditmarktschulden, erst die FDP/DVP-Fraktion hat in den Verhandlungen zur Verankerung der Schuldenbremse wenigstens eine Schuldentilgung in Höhe von 132 Millionen durchgesetzt! Dabei konnte das Land aufgrund hoher Liquiditätsbestände zum Jahreswechsel 2018/2019 eine Wiederaufnahme von Krediten in Höhe von 9,7(!) Milliarden ausfallen lassen. Das zeigt, in welchem Maß diese Landesregierung mittlerweile Projekte, die sie schnell begonnen hat, gar nicht mehr be- und verarbeiten kann. Die sogenannten Ausgabenreste, also Ausgabeermächtigungen, die nicht ausgegeben und ins nächste Jahr übertragen wurden, betragen mittlerweile riesige 5,6 Milliarden Euro. Im Klartext: die Vermeidung einer echten Schuldentilgung durch die Erfindung der „impliziten Schulden“ und der daraus folgenden Sanierungsmittel führt nur zu einem weiteren Anheizen der Baukonjunktur. Teilweise geben Firmen auf Ausschreibungen des Landes gar keine Angebote mehr ab. Das Geld wäre in der Tilgung von Kreditschulden besser angelegt!

Ein Erfolg dieses Jahres wird der Durchbruch bei der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung sein. Die vier Fraktionen des demokratischen Verfassungsbo-gens haben sich nach langem Ringen auf Regelungen verständigt, die es dem Land erlauben, bei Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notlagen Kredite aufzu-nehmen, die aber direkt mit einem Tilgungsplan versehen werden müssen. Da für die Verfassungsänderung die Zustimmung der FDP/DVP-Fraktion nötig ist, konnten wir durchsetzen, dass eine Schuldentilgung in Höhe von 132 Millionen Euro, nämlich die Tilgungsverpflichtung aus der jetzigen Regelung, zugesagt wurde. Diese wollte die Lan-desregierung eigentlich unter den Tisch fallen lassen!

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/ 6791:** Schuldsituation und Altschuldentilgung der baden-württembergischen Kommunen
- **Drs. 16/6822:** Freie Spielräume bei den Haushaltsberatungen
- **Drs. 16/6722:** Kostenentwicklung des Nationalparks Schwarzwald
- **Drs. 16/6136:** Haltung der Landesregierung zur Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung
- **Drs. 16/5491:** Erfahrungen mit dem beleglosen Einreichen elektronischer Steuererklärungen

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.



Im Fokus:

Grundsteuerreform

Die Grundsteuerreform wurde dem Gesetzgeber durch das Bundesverfassungsgericht aufgegeben. Die FDP-Fraktion im Bundestag hat durchgesetzt, dass die Länder eigene Regelungen dazu treffen können, die einfacher sind als das komplizierte Modell des Bundesfinanzministers. Jetzt sind wir im Land gefragt, ein einfacheres und trotzdem gerechtes Modell der Grundsteuer zu finden. Die FDP präferiert dabei das Flächenmodell, das sich aus der Grundstücksfläche und den sich darauf befindlichen Gebäudeflächen zusammensetzt und so die verlangte Differenzierung schafft. Andere Modelle sind vorgeschlagen. Klar muss aber sein, dass durch die Grundsteuer keine neue Bewertungsbürokratie und keine Vermögenssteuer durch die Hintertür entstehen darf!

› **Wirtschaft, Wohnungsbau und Arbeit**

Zum Jahresauftakt 2019 hat die Fraktion das Impulspapier „Arbeit 4.0 – Chancen und Herausforderungen einer digitalen Arbeitswelt“ beschlossen. Dabei ging es uns nicht nur um die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, was flexible Arbeitszeiten anlangt, sondern auch um ein technologisch zukunftsfestes Umfeld für moderne Arbeitsmodelle. Denn unser Wohlstand hängt nicht nur davon ab, ob in den kleinen und mittleren Unternehmen die Digitalisierung gelingt, sondern auch von einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur. Der Mobilfunkausbau spielt dabei eine zentrale Rolle.

Das Wirtschaftsklima wurde im Jahresverlauf rauer. Die noch immer diffusen Austrittspläne des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sorgten nicht nur für Unruhe in der exportorientierten Wirtschaft, sondern könnten auch Chance für neue Unternehmensansiedlungen sein. Die Landesregierung verschläft diese Gelegenheit aber ebenso, wie die der Einrichtung einer digitalen Sonderwirtschaftszone, um Innovation und Gründergeist zu forcieren.

Im Lichte einer sich eintrübenden Konjunkturlage und den ersten Vorboten einer Rezession in der Automobilwirtschaft haben wir, zusammen mit den FDP-Landtagsfraktionen aus Hessen und Bayern, das Positionspapier „Deutschland Automobilstandort 2030“ entworfen. Zudem haben wir das Papier „Auf dem Weg zum Wasserstoffland Nummer 1 – Perspektiven für unsere Automobilwirtschaft und den Klimaschutz“ veröffentlicht, das insbesondere den von der Landesregierung eingeschlagenen Irrweg der einseitigen Fokussierung auf die batteriegebundene Elektromobilität kritisch beleuchtet und gangbare Alternativen aufzeigt.

Nicht nur der Automobilwirtschaft, sondern allen Unternehmen im Land käme ein deutlicher Bürokratieabbau zugute, wie wir ihn seit Jahren fordern. Wir haben dazu einen konkreten Gesetzesentwurf eingebracht, der die Abschaffung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes und des Bildungszeitgesetzes forderte. Die Landesregierung hat die Chance leider vertan, den bereits im Koalitionsvertrag versprochenen Bürokratieabbau Realität werden zu lassen.



Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/6733:** Standorte für Mobilfunkanlagen beim Funknetzausbau
- **Drs. 16/6135:** Strategiedialog Automobilwirtschaft
- **Drs. 16/6114:** Reduzierung der Bürokratiebelastung mittelständischer Unternehmen
- **Drs. 16/5916:** Chancen einer „digitalen Sonderwirtschaftszone“ für den Wirtschaftsstandort
- **Drs. 16/5827:** Unternehmensübersiedlungen im Zuge des Brexit
- **Drs. 16/5697:** Lückenschluss zum flächendeckenden 4G/LTE Mobilfunk-Standard
- **Drs. 16/5447:** Fristwahrung bei der behördlichen Erteilung von Baugenehmigungen
- Impulspapier: Auf dem Weg zum Wasserstoffland Nummer 1
- Impulspapier: Deutschland Automobilstandort 2030
- Impulspapier: Arbeit 4.0 – Chancen und Herausforderungen einer digitalen Arbeitswelt

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.

Im Fokus:

LBO-Novelle und Wohnungsbauförderung

Was lange währt, wird endlich gut – könnte man mit Blick auf die lange überfällige Novelle der Landesbauordnung meinen. Leider wurde im Sommer mit den Stimmen der Regierungsfractionen eine Novelle der verpassten Chancen beschlossen. Die Änderungen in der LBO reichen absehbar nicht aus, um den Wohnungsbedarf im Land zu stillen und das Bauen tatsächlich günstiger, schneller und einfacher zu machen. Die Landesregierung hat Kostentreiber wie die Dachbegrünung oder die überdachten Fahrradabstellplätze nicht abgeschafft, dafür aber neue Risiken für Bauherrn kreiert, die im vereinfachten Genehmigungsverfahren um eine rechtssichere Baugenehmigung gebracht werden. Wegen der langen Übergangsfristen bleibt auch noch fraglich, ob die gewünschten Beschleunigungseffekte im behördlichen Verfahren schnell Realität werden. Der Engpass bei den Flächen für den Wohnungsbau besteht weiterhin und wird noch verschärft, wenn der Bodenfonds für die Kommunen zur Flächenbevorratung greift, der aus nicht abgerufenen Mitteln der Wohnraumförderung finanziert wird.

› Bildung

Der zunehmend von Blockaden, faulen Kompromissen und Handlungsunfähigkeit geprägten Politik der grün-schwarzen Komplementärkoalition stellten wir unser Modell einer Bildungspolitik gegenüber, die konsequent eine Rückkehr Baden-Württembergs auf Spitzenplätze im Bundesvergleich der Schülerleistungen anstrebt und hierfür aktiv für ein vielfältiges und differenziertes Schulangebot eintritt. Die FDP/DVP-Fraktion brachte deshalb zwei Gesetzentwürfe ein, die den zum Schuljahr 2018/19 noch bestehenden 458 öffentlichen Haupt- und Werkrealschulen eine Zukunft geben sollen: Zum einen schlugen wir vor, sie durch enge Anbindung an die Beruflichen Schulen in ihrem berufspraktischen Profil zu stärken und zu „Beruflichen Realschulen“ weiterzuentwickeln. Zum anderen konfrontierten wir Grün-Schwarz mit einem Gesetzesentwurf für eine fairere Methode zur Berechnung der Mindestgröße von Schulen, um Schulstandorte insbesondere auch in ländlicheren Regionen zu sichern. Obwohl dieser Vorschlag den Überlegungen der Kultusministerin entsprach, sah sich die CDU wegen der Weigerung der Grünen nicht in der Lage, ihm zuzustimmen.

Im Bereich der Lehrgewinnung fehlt der Kultusministerin der Mut, neue Wege zu gehen. Unsere Anträge zur Beseitigung der Sommerferien-Arbeitslosigkeit von Lehrkräften und zum Abbau des Beförderungsstaus bei den Fachlehrern stießen ebenso auf taube Ohren wie unsere Forderungen nach einer Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen insbesondere im Personalbereich und einem Budget zur Unterrichtsversorgung nach dem Modell 100 Prozent plus X. Äußerst kritisch sehen wir außerdem das zentralistische Qualitätskonzept des Kultusministeriums; stattdessen beantragten wir ein Fortbildungsbudget für jede Schule. In der frühkindlichen Bildung mahnten wir ein verlässliches Gesamtkonzept statt befristeter Einzelmaßnahmen, eines auf Eis gelegten Orientierungsplans und eines bevormundenden Qualitätskonzepts an. In der Sportpolitik lag unser Arbeitsschwerpunkt auf der Förderung der Sportstätten. So initiierten wir eine Anhörung zur Schwimmfähigkeit von Grundschulkindern, beantragten ein Sonderprogramm zur Sanierung von Lehrschwimmbädern und setzen uns dafür ein, dass eine Sanierung von Kunstrasenplätzen nicht zu Lasten anderer Vorhaben im Sportbereich geht.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/5290:** Gesetzentwurf der Fraktion FDP/DVP „Gesetz über die Berufliche Realschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg)“
- **Drs. 16/6540:** Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion: „Gesetz zum Erhalt eines vielfältigen Schulangebots (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg)“

- **Drs. 16/3934:** Gewährleistung der Schwimmfähigkeit von Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg
- **Drs. 16/6713:** „Maßnahmen des Pakts für gute Bildung und Betreuung“ und „Kindertagespflege nicht benachteiligen“
- **Impulspapier:** Auf dass wir in der Bildung spitze werden! Ein Kraftakt für erstklassige Bildung in Baden-Württemberg auf der Grundlage eines liberalen Schulkonzepts
- **Impulspapier:** Digitalisierung der Schulen
- **Gesetzentwurf:** Gesetz zur Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg)

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.

Im Fokus:

Ein Kraftakt für die beste Bildung in Baden-Württemberg!

Die FDP/DVP-Fraktion ist überzeugt, dass ein erstklassiges Bildungswesen von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens ist. Nach dem beispiellosen Absturz der baden-württembergischen Schülerleistungen im bundesweiten Vergleich bedarf es unserer Auffassung nach eines echten Kraftakts, um in der Bildung wieder spitze zu werden. Dazu haben wir am 4. Dezember 2019 ein liberales Schulkonzept als Diskussionsgrundlage für eine Vereinbarung der im Landtag vertretenen und an einem Zusammenhalt unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens interessierten Parteien vorgelegt. Zentrale Elemente dieses Kraftakts für die beste Bildung in Baden-Württemberg müssen aus unserer Sicht unter anderem der Erhalt unseres vielfältigen und differenzierten Schulsystems mit seinen Schularten, eine verbindliche Grundschulempfehlung, die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen, Wahlfreiheit bei G8/G9 und bei der Ganztagschule, verbindliche bundesweite Bildungsstandards und das Eintreten für unsere freiheitliche Demokratie als zentrales Bildungsziel sein.

› Wissenschaft, Forschung und Kunst

Die auskömmliche Finanzierung der Hochschulen im Land stand im Mittelpunkt der Diskussion zur Neuauflage des Hochschulfinanzierungsvertrags, der ab 2021 gelten soll. In seltener Einigkeit sprachen sich die Rektoren für eine signifikante Erhöhung der Mittel aus. Trotz steigender Studierendenzahlen, beträchtlichem Sanierungsstau und wachsenden Aufgaben blieb die Hochschulfinanzierung während der Amtszeit der grünen Wissenschaftsministerin auf unzulänglichem Niveau. Obwohl mit dem Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarungen zur Hochschulfinanzierung eine solide Basis aus Bundesmitteln geschaffen werden konnte, blieb der Haushaltsansatz der Landesregierung weit hinter den Erwartungen zurück.

Die Neuregelung der Hochschulzulassung in den zugangsbeschränkten Fächern wurde überlagert von Uneinigkeit in der Regierungskoalition, in der die CDU auf eine Landarztquote bestand, deren Wirksamkeit wir in Frage stellen. Dabei wurde auch versäumt, für eine bessere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu sorgen und eine Vorabquote für beruflich Qualifizierte einzuplanen.

Im Bereich der Forschung sorgte an der Dualen Hochschule für Unruhe, dass die Wissenschaftsministerin ihr unglücklich absprach, echte Forschung zu leisten. Dabei war die Hochschule bereits in unruhigem Fahrwasser, solange die Position des Vizepräsidenten wegen gerichtlicher Auseinandersetzungen unbesetzt blieb.

Die Kulturpolitik wurde dominiert von der Frage, wie die Sanierung der Staatsoper Stuttgart und vor allem die Suche nach einer Interimsspielstätte gelingen kann. Dabei müssen neben städtebaulichen und kulturpolitischen Erwägungen auch Möglichkeiten zur Kostenersparnis geprüft werden. Wir haben uns für ein Konzerthaus ausgesprochen, das nach der Zwischennutzung das Kulturensemble der Landeshauptstadt abrunden würde. Ebenfalls umstritten war die Rückgabe von Kulturgütern aus der Kolonialzeit, die auf rechtlich unsicheren Beinen stand. Auch unsere Intervention konnte nicht verhindern, dass Bibel und Peitsche aus dem Hause Witbooi möglicherweise an Unberechtigte zurückgegeben wurden.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/6667:** Nachforderung von Sozialversicherungsbeiträgen an der Dualen Hochschule
- **Drs. 16/6326:** Kommerzialisierung der Hochschulforschung zum Brustkrebs an der Uniklinik Heidelberg

- **Drs. 16/6016:** Patentierung und Kommerzialisierung von Hochschulforschung
- **Drs. 16/6275:** Anerkennung von Vorqualifikationen bei Aufnahme eines Studiums oder einer Ausbildung
- **Drs. 16/5767:** Investitionsstau in der Hochschulmedizin Baden-Württemberg
- **Drs. 16/5613:** Investitionsbedarfe an den Hochschulen in Baden-Württemberg
- **Drs. 16/5527:** Forschung an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.

Im Fokus:

Technologietransfer

Drittmittel spielen eine zunehmend wichtigere Rolle bei den Hochschulfinanzen, also die Einkünfte der Hochschulen jenseits staatlicher Zuwendungen. Die Hochschulen engagieren sich deshalb zunehmend im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung, der Ausgründungen und des Technologietransfers. Probleme tauchten dabei in Form von Interessenkonflikten bei den Beteiligten auf, wie wir an der Universität Heidelberg beobachten mussten. Dort wurde verfrüht ein Bluttest auf Brustkrebs vorgestellt, ohne dass dieser bereits die Marktreife erreicht hätte. Mit mehreren parlamentarischen Initiativen und einer öffentlichen Ausschusssitzung haben wir zur Aufarbeitung der Vorfälle beigetragen. Die Arbeit der vor Ort eingesetzten Kommissionen ist zwischenzeitlich beendet, konnte jedoch auf gerichtlichen Beschluss hin noch nicht veröffentlicht werden. Unser Augenmerk gilt dem Schutz der Reputation des Forschungsstandortes, aber auch gesunden und sicheren Strukturen und Standards im Bereich des Technologietransfers.

› Innenpolitik

In der Amtszeit von Innenminister Strobl ist die Zahl der Polizisten im Land bisher um über 200 zurückgegangen. Grund ist, dass Strobl trotz bekannter Pensionierungswelle erst 2018 begann, mehr Anwärter für die dreijährige Polizeiausbildung einzustellen. Bereits 2015 forderten wir 1000 zusätzliche Polizisten, die heute bereits vollständig im Einsatz wären, wenn man auf uns gehört hätte.

Die Herausforderungen der Polizei sind vielfältig. Bei der Cyberkriminalität sind die Fallzahlen rasant steigend. Sicherheitsbehörden arbeiten zu oft nebeneinander, die Zuständigkeiten überschneiden sich immer wieder. Anstatt die Zusammenlegung einzelner Behörden voranzutreiben, verkündete Strobl nun die Schaffung einer neuen Behörde mit dem wohlklingenden Namen „Cybersicherheitsagentur“ und von 83 neuen Verwaltungsstellen. Deren einzige Aufgabe wird es sein, die Arbeit der anderen Behörden zu koordinieren. Wir forderten vergeblich, den Großteil dieser zusätzlichen Stellen im operativen Bereich einzusetzen. Gleichzeitig darf auch die Bekämpfung von Alltagskriminalität nicht aus dem Fokus geraten. So offenbarte unsere Anfrage zu eskalierenden Hochzeitsgesellschaften, dass trotz fast 100 Vorfällen innerhalb eines Jahres der Innenminister keine Strategie zur Eindämmung dieser Phänomene hat und auch in Zukunft dazu nichts Spezielles plant. Der Rechtsstaat verliert aber das Ansehen seiner Bürger, wenn er nicht effektiv geltendes Recht durchsetzt.

Unverändert hoch ist die Gefahr für die Freiheit durch Extremisten. Als einzige Fraktion setzen wir uns gleichermaßen für die Bekämpfung aller Formen des Extremismus ein. Von der Identitären Bewegung, über Netzwerke wie Nordkreuz, bis hin zum „Flügel“ der AfD vernetzen sich Rechtsextreme immer besser. Im Bereich des Islamismus wird es vermehrt zur Rückkehr von kampferprobten IS-Anhängern kommen, ohne dass der Innenminister eine spezielle Strategie dafür hat. Schließlich lässt Strobl auch linksextreme Straßenblockaden von Gruppen wie Extinction Rebellion gewähren, indem er sie als legale Spontanversammlungen bagatellisiert und damit zu neuen Blockaden ermuntert.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/6127:** Entwicklung bei der Kriminalpolizei
- **Drs. 16/6794:** Verhinderung und Aufklärung von Cybercrime-Straftaten
- **Drs. 16/6749:** Handhabung gegen illegale Autokorsos
- **Drs. 16/6378:** Italienische Mafia in Baden-Württemberg in 2019
- **Drs. 16/7100:** Schutz von jüdischen Einrichtungen im Land

- **Drs. 16/6941:** Straßenblockaden in Stuttgart
- **Drs. 16/6586:** Waldbrandbekämpfung in Baden-Württemberg
- Impulspapier: Grundüberzeugungen der FDP/DVP-Fraktion zu Migration, Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.



Im Fokus:

Organisierte Kriminalität

Mafia, falsche Polizisten oder weitverzweigte Drogenhändler – das ist nur ein kleiner Teil der Organisierten Kriminalität. Die Täter sind nicht nur in Berlin oder Bremen aktiv, sondern auch bei uns. Begünstigt wird ihr Handeln dadurch, dass markigen Worten von Strobl regelmäßig keine Taten folgen. So geht ein Drittel (ca. 200 Personen) aller bundesweit bekannten Mitglieder der italienischen Mafia ungehindert seinen Geschäften in Baden-Württemberg nach. Der Innenminister erklärte uns, dass er weder weiß, wie hoch deren Vermögenswerte sind, noch dies ermitteln will. Ähnlich verhält es sich im Umgang mit türkisch-arabischen Clans. Obwohl wir bei unserer Recherche in den sozialen Netzwerken zahlreiche familiäre Verbindungen bundesweit bekannter krimineller Clans nach Baden-Württemberg entdeckten, beharrt Strobl darauf, dass es nicht erforderlich sei, die Clans im Land stärker ins Visier zu nehmen. Strobls lasche Politik führt dazu, dass sich die Organisierte Kriminalität im Land immer weiter ausbreiten kann.

> Digitalisierung

Die Digitalisierung ist eine der zentralen politischen Gestaltungsaufgaben unserer Zeit. Sie umfasst mittlerweile alle Lebensbereiche und bietet die Chance, das Leben der Menschen einfacher und besser zu machen.

Alle Digitalisierungsmaßnahmen haben aber eine gemeinsame Basis: Sie benötigen eine ausreichende Breitbandinfrastruktur wie auch ein adäquates Mobilfunknetz, denn Digitalisierung setzt eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet voraus. Wir sind heute aber nicht nur meilenweit entfernt von einem „5G an jeder Milchkanne“, sondern auch von niedrigeren Mobilfunk-Standards an zahlreichen Milchkannten Baden-Württembergs. Deshalb muss der glasfaserbasierte, flächendeckende Breitbandausbau beschleunigt werden. Nur durch die glasfaserbasierte Anbindung von deutlich mehr Mobilfunkmasten ist ein künftiges 5G-Netz realistischer. Damit der Ausbau auch im ländlichen Bereich attraktiv wird, sollte der geförderte Ausbau in Regions-Clustern ausgeschrieben werden und alle Provider sollen Kapazitäten auf neuen Glasfaserleitungen mieten können. So ermöglichen wir echten Wettbewerb bis an die Grundstücke bei gleichzeitiger Refinanzierung über die kommenden Jahrzehnte.

Inzwischen ist es in fast jedem gesellschaftlichen Bereich selbstverständlich geworden, seine Geschäfte und Belange online abzuwickeln und erledigen zu können. Wir Freie Demokraten möchten, dass das auch für Behördengänge gilt. Der Ausbau des E-Government kann die Effizienz und Leistungsfähigkeit der Verwaltung erheblich erhöhen und einen wesentlichen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung und dem Bürokratieabbau leisten. Eine besser genutzte und digitalisierte Verwaltung eröffnet zahlreiche neue Funktionen, beispielsweise im Bereich der Bürgerbeteiligung.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/6323:** Breitbandausbau in Stuttgart und der Region („Gigabit-Region“)
- **Drs. 16/5779:** IT-Sicherheit von Kritischer Infrastruktur (KRITIS) und generelle Zahl der IT-Sicherheitsvorfälle
- **Drs. 16/5708:** Möglichkeiten von Satellitenbreitbandtechnologie in Baden-Württemberg
- **Drs. 16/5479:** Förderstruktur der digitalen Infrastruktur
- **Drs. 16/5450:** Ausschreibung des Landesverwaltungsnetzes durch die BITBW
- **Drs. 16/6381:** Digitalisierung der Verwaltung und Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Baden-Württemberg
- Impulspapier: Digitalisierung in Baden-Württemberg gestalten

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.



Im Fokus:

Eigenständiges Digitalisierungsministerium

Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich der von der Digitalisierung ausgenommen ist: Egal ob Schule, Arbeit, Wirtschaft, Verwaltung, Gesundheitswesen oder Mobilität. Digitalisierung ist überall und ist längst nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken. Für die Zukunft unseres Landes ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Digitalisierung ins Zentrum des politischen Handelns stellen und mehr Tempo sowie mehr Professionalität an den Tag legen. „Denken wir neu“ ist für uns mehr als ein Wahlkampfslogan. Andere Bundesländer wie NRW zeigen, dass die Digitalisierung dann gelingen kann, wenn sie politisch Verantwortliche zur Chefsache machen. Deshalb bleiben wir auch bei unserer Forderung: Wir brauchen in Baden-Württemberg endlich ein eigenständiges Digitalisierungsministerium.

> Recht

Die FDP/DVP-Fraktion unterstützte die Schaffung von zusätzlichen Stellen im gesamten Justizbereich in den vergangenen Jahren. Diese sind notwendig, um die steigende Zahl an Großverfahren in Wirtschaftsstrafsachen und der Organisierten Kriminalität zu bewältigen. Zusätzliches Personal braucht es aber nicht nur für prominente Verfahren, sondern auch bei kleineren Vergehen. Wenn Verfahren aufgrund von Arbeitsüberlastung ohne Strafe wegen Geringfügigkeit eingestellt werden, dann wird es von den Tätern häufig als ein Freispruch empfunden, der sie zu neuen Taten ermutigt und kriminelle Karrieren begünstigt. Der Rechtsstaat muss mit Augenmaß agieren, aber es muss auch klar sein, dass sich kriminelles Verhalten nicht lohnt. Dazu gehört auch die Vermögensabschöpfung.

Immer schwieriger wird die Situation im Justizvollzug. Die Zahl der Häftlinge nimmt stetig zu und liegt bei ca. 7.500, wovon ein Drittel ausländische Staatsangehörige sind. Über 1.000 weitere Täter befinden sich aufgrund gravierender Drogenabhängigkeit statt in Strafhaft im Maßregelvollzug in Zentren für Psychiatrie (ZfP). Aufgrund besserer Bedingungen, schnellerer Entlassungsmöglichkeiten und geringerer Sicherheitsvorkehrungen als in den Justizvollzugsanstalten beklagt das Personal der ZfP zunehmend missbräuchliche Einweisungen. Die notwendigen bundesgesetzlichen Änderungen unterstützt das Justizministerium aber leider nicht.

Die Bedeutung des Datenschutzes ist unverändert hoch. Gleichzeitig dürfen die Hürden für Vereine und kleinere und mittlere Unternehmen nicht zu hoch sein. Im Herbst wurde eine Vielzahl bundesgesetzlicher Normen angepasst und wir werden gegenüber der Landesregierung darauf drängen, einzelne Korrekturen auch in Baden-Württemberg vorzunehmen.

Als Beitrag zum Erhalt unserer vielfältigen Medienlandschaft haben wir uns für eine Unterstützung der Regionalsender eingesetzt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir beantragt, den so genannten „Vorwegabzug“ des SWR abzuschaffen und die frei werdenden Mittel den Regionalsendern zukommen zu lassen. Nachdem unsere Forderung nach Senkung des Rundfunkbeitrags auf taube Ohren gestoßen war, wäre dem SWR die Kompensation der Vorwegabzug-Mittel aus den hohen Beitrags-Mehreinnahmen der öffentlich-rechtlichen Sender zuzumuten gewesen.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/6959:** Hass-Kommentare in den sozialen Netzwerken
- **Drs. 16/6929:** Psychologische Betreuungsangebote für Justizmitarbeiter
- **Drs. 16/6183:** Situation im Maßregelvollzug
- **Drs. 16/6644:** Alternativen zum Containern
- **Drs. 16/5312:** Belastung der Justiz und des Steuerzahlers durch Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Geschwindigkeitsüberschreitung
- **Drs. 16/5377:** Künftige Bedeutung von Legal Tech

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.

Im Fokus:

Bekämpfung von Hass-Kriminalität im Internet

Die Meinungsfreiheit ist gerade für uns Liberale ein hohes Gut. Sie hat ihre Grenzen aber dann, wenn andere Menschen beleidigt oder eingeschüchtert werden. Nicht nur in der analogen, sondern auch in der digitalen Welt darf es keine rechtsfreien Räume geben. Denn zu häufig folgt der Verrohung durch Worte die Verrohung durch Taten. Daher muss Hass-Kriminalität im Netz effektiver als bislang bekämpft werden. In mehreren Bundesländern erleben wir, dass dazu gezielt neue Strukturen bei Polizei und Justiz aufgebaut werden. Vorreiter ist hier NRW mit seinem Projekt „Verfolgen statt nur löschen“. Justiz und Medienverlage arbeiten hier gezielt zusammen, um die Täter im Netz zu überführen. Immerhin 40% der Täter konnten so identifiziert werden, was bei den vielfachen Anonymisierungsmöglichkeiten im Netz beachtlich ist. Wir fordern vom Justizministerium, die Einführung solcher Projekte auch für Baden-Württemberg zu prüfen und dies mit entsprechenden Spezialisierungsangeboten für die Justiz zu begleiten.

› Europa und Tourismus

Das Jahr 2019 war von der Europawahl im Mai geprägt. Die Erleichterung, dass es nicht zu einem Rechtsruck im Europäischen Parlament gekommen ist, überdeckte viele der strukturellen Probleme, die wir in Europa leider immer noch haben. Das Voranschreiten der Rechtsstaatsverletzungsverfahren gegen Polen und Ungarn ist da das krönende Beispiel. Europa kann im Konzert der Welt nur erfolgreich mit einer Stimme sprechen, wenn wir einig sind. Unser Europa basiert auf gemeinsamen Werten, und die müssen verteidigt werden – auch innerhalb der Union.

Erwartungsgemäß ohne Fortschritte sind in diesem Jahr die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 bis 2027 verlaufen. Dieser „Haushaltsplan“ der EU ist die in Geld gegossene Politik einer staatlichen Ebene. Hier darf die neue Kommissionpräsidentin von der Leyen in harten Verhandlungen im 2. Halbjahr 2020 das Werk vollenden – unter einer deutschen Ratspräsidentschaft. Man möchte zwar nicht unken, aber diese Konstellation verspricht nicht unbedingt, dass es für Deutschland günstiger wird.

Es wird wohl nicht schaden bis dahin zu warten, denn – vielleicht – ist bis dahin auch der Brexit endlich von der Tagespolitik auf dem Weg in die Geschichtsbücher. Diese Springprozeession war der europapolitische Aufreger des Jahres 2019. Die Parlamentswahlen im Dezember, die über den weiteren Fortgang entscheiden, sind bei Verfassen dieses Textes noch nicht vorüber. Aber ein neues Referendum über den Austrittsvertrag wäre wahrscheinlich die sauberste Lösung. Es setzt sich dabei überall die Meinung durch, ein Ende mit Schrecken, einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen. Die Friktionen, die ein Brexit ohne Abkommen erzeugen würde, sind in der Wirtschaft längst eingepreist. Unternehmen, die jetzt noch nicht vorbereitet sind, werden dies auch später nicht sein. Und trotz allen Bedauerns mag es nun besser sein, diese Hängepartie zu beenden als die Ungewissheit weiter hinauszuzögern.



Im Jahr 2019 hat sich die Krise in Hotel und Gastronomie weiter verschärft – und dies trotz immer weiter steigenden Zahlen im Tourismus. Insbesondere durch Kosten- und Bürokratieaufbau auf Grund von Vorschriften wie z.B. bei der Mindestlohndokumentation, aber auch durch starre Arbeitszeitregelungen. Hier werden am Ende Mitarbeiter, Gastronomen und die Gäste bestraft, denn die Folgen sind reduzierte Öffnungs- und Küchenzeiten.

Besonders dramatisch sind diese Folgen im ländlichen Raum außerhalb der Tourismusgebiete. „Stirbt das Gasthaus, stirbt das Dorf“ ist ein geflügeltes Sprichwort geworden. Eine Politik, die ländliche Räume stärken will, nicht zuletzt um den Verkehrsinfarkt in den Ballungsräumen zu verhindern, braucht eine lebendige Dorfgesellschaft, und da gehört das Gasthaus einfach dazu. Und dies ist dann am Ende auch ein Wettbewerbsfaktor in der Standortpolitik.

Darüber hinaus hat die Landesregierung dieses Jahr eine neue Tourismuskonzeption vorgelegt, über die sich der grüne und der schwarze Koalitionspartner lange gestritten hatten. Man merkt dem Ergebnis an, dass die Grünen unbedingt eine reine Nachhaltigkeitskonzeption haben wollten. Nachhaltiger Tourismus ist ein wichtiger werdender Markt, allerdings gibt es einen Unterschied, ob ein Hotelier dieses von sich aus anbieten möchte oder eine Landesregierung nur noch ein kleines Segment fördert. Und zu Ende gedacht ist für viele Grünen der nachhaltigste Tourist ja der, der gar nicht erst kommt. Aber das ist definitiv nicht unser Ansatz und für den Tourismus absolut kontraproduktiv.

Im Fokus:

Frankreich

Die Landesregierung hat innerhalb des Prozesses rund um den neuen Elysée-Vertrag, den „Aachener Vertrag“ zwischen Frankreich und Deutschland, eine Frankreich-Konzeption entwickelt. Diese krankt allerdings an einer sichtbaren Planlosigkeit und ist daher im Wesentlichen eine Ansammlung von kleineren Projekten und Initiativen. Es wird klar: Wir denken immer noch zu sehr in nationalen Kategorien. Paris ist näher als Berlin, das sollten wir häufiger leben!

> Verkehr

In diesem Jahr fand ein Treffen der FDP-Fraktionen der Landtage von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen statt. Dabei haben wir ein gemeinsames Impulspapier zur Mobilität der Zukunft erarbeitet. Unter den Überschriften „Wahlfreiheit statt Verbotspolitik“, Shared Mobility, Innovationen für eine dekarbonisierte, klimaneutrale Mobilität, Digitalisierung und autonome Fortbewegung, Datenschutz, Selbstbestimmte Fortbewegung in jeder Lebenslage und Barrierefreiheit, Leistungsfähige Infrastruktur sowie Beseitigung regulatorischer Hürden haben wir Wege aufgezeigt. Wir sind uns sicher: Der batterieelektrische Antrieb kann nicht die Antwort auf die Fragen der Mobilität sein. Synthetische Kraftstoffe und damit auch Wasserstoff bieten vielfältige Chancen. Die Finanzmittel für Straßen und den Verkehrsträger Schiene haben dabei nicht mit den enorm gestiegenen Steuereinnahmen Schritt gehalten. Wichtig ist daneben eine wirkungsvolle Planungsbeschleunigung.

Das Thema Fahrverbote in Stuttgart hat uns intensiv beschäftigt. In unserem Impulspapier „Innovationen und Investitionen statt Fahrverbote in Stuttgart“ sind die wesentlichen Fakten zusammengetragen und vernünftige Alternativen zu flächendeckenden Fahrverboten ausgewiesen.

Im Sommer 2019 hat uns die Diskussion um den Flughafen Stuttgart, Zubringerflüge und vermeintliche „Billigfluglinien“ bewegt. Der grüne Verkehrsminister, der zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats des Landesflughafens Stuttgart ist, hat nichts unversucht gelassen, den Flugverkehr zu diskreditieren. Auto und Flugzeug sind schließlich die Lieblings-Feindbilder der Grünen, auch wenn sie selbst beides intensiv nutzen. Noch keine Landesregierung ist annähernd viel auf Flugreisen gewesen, wie die grün geführte. Wir setzen auf eine rationale Verkehrspolitik, die die Attraktivität aller Verkehrsträger steigert und es den Bürgerinnen und Bürger zutraut und überlässt, die für sie richtige Mobilitätskette zu nutzen. Innovationen statt Bevormundungen.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/6552:** Standby-Pool der Triebfahrzeugführer
- **Drs. 16/6208:** Qualifizierung von Luftverkehren
- **Drs. 16/6632:** Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur im Zuge des geplanten Deutschlandtakts
- **Drs. 16/6188:** Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg (SFBW) und Controlling bezüglich der Beschaffung von Schienenfahrzeugen des Herstellers B. durch das Verkehrsunternehmen A.

- **Drs. 16/5352:** Verkehrsmengensteuerung mittels Busspur oder streckenbezogener Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge der Abgasnorm Euro 5 im Bereich des Stuttgarter Neckartors
- **Drs. 16/5137:** Sonderprogramm zu Luftqualitätsmessungen
- **Drs. 16/5229:** (Geänderte Fassung) Ergänzung Luftreinhalteplan Stuttgart
- Impulspapier: Mobilität der Zukunft
- Impulspapier: Innovationen und Investitionen statt Fahrverbote in Stuttgart
- Impulspapier: Handlungsleitfaden Mobilität der Zukunft

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.



Im Fokus:

Schiennenchaos

Das Land ist Aufgabenträger des regionalen Schienenverkehrs. Preisend mit viel schönen Reden wird von der so genannten Verkehrswende gesprochen und zum Umstieg auf den ÖPNV geworben. Mit der Neuvergabe insbesondere der Stuttgarter Netze kam es zu maximalen Problemen: Zugausfälle, Verspätungen, zu kurze Züge, keine Sitzplätze. Die Probleme sind so massiv, dass das Land neben der bereits milliardenschweren Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg (SFBW) nun sogar eine Lokführerbereitschaft einsetzen will. Der Übergang auf die Wettbewerber war so misslungen, dass der bisherige Erbringer der Verkehre sogar Züge und Personal überlassen musste, damit es nicht zu einem völligen Zusammenbruch kam. Verkorkster als in den Stuttgarter Netzen kann ein Umstieg nicht sein. Das Land erhält von den Verkehrsunternehmen Strafzahlungen – so genannte Pönale – bei Schlechterfüllung. Wir fordern: Das Land soll endlich auf die unhaltbaren Zustände reagieren und auch die Pendler entschädigen!

› Sozialpolitik und Gesundheit

Im Bereich der Pflegepolitik gab es im Jahr 2019 gleich zwei Gesetzentwürfe: Das Pflegestrukturgesetz sowie das Ausführungsgesetz zum Pflegeberufgesetz. Wirklich neu sind im erstgenannten Gesetz nur die Regelungen zur Modellkommune Pflege. Diese haben ihren Ursprung im Pflegestärkungsgesetz III, sind also keine Erfindung aus Baden-Württemberg. Als weitere Neuerung werden kommunale Pflegekonferenzen geschaffen. An sich eine gute Idee, es fehlt aber die Verbindlichkeit und es wird übersehen, dass die bisher schon vorgesehenen kommunalen Gesundheitskonferenzen sich eigentlich auch dem Pflege Thema widmen sollen. Durch immer mehr Beratungsgremien entsteht jedoch kein einziger zusätzlicher Pflegeplatz. Vielmehr drohen Bürokratie und die parallele Behandlung von Sachverhalten, die eigentlich zusammen zu denken sind. Mit dem zweitgenannten Gesetz wird die generalistische Pflegeausbildung umgesetzt.

Besonders wichtig: In diesem Jahr lief die allgemeine Übergangsfrist zur Herstellung des Einzelzimmerstandards in Pflegeheimen aus. Seit Jahren warnen wir vor einem drohenden Mangel an Pflegeplätzen und fordern eine flexiblere Handhabung. Nach langem Drängen ist das Sozialministerium zumindest im Bereich der Kurzzeitpflege ein Stück weit auf unseren Kurs eingeschwenkt.

Die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung ist für uns eine Daueraufgabe. Die Situation der Geburtshilfe, das Heilpraktikerwesen, die Heilmittelerbringer und die Kinder- und Jugendpsychiatrie sind nur einige Stichworte. Zentrales Handlungsfeld der Landespolitik ist die Krankenhausplanung und Investitionsförderung. Hier haben wir beispielsweise das Thema Personaluntergrenzen aufgegriffen.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Land bleibt spannend. Das Land steht unter erheblichen Einigungs- und Termindruck.



Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/4885:** Situation der Geburtshilfe in Baden-Württemberg
- **Drs. 16/6350:** Psychiatrische Institutsambulanzen im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie
- **Drs. 16/5545:** Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr (PJ) für Medizinstudierende
- **Drs. 16/7027:** Pflegepersonaluntergrenzen in Krankenhäusern in Baden-Württemberg
- **Drs. 16/5855:** Angebote zur Regeneration für Familien mit schwerstkranken oder schwerstmehrfachbehinderten Kindern
- **Drs. 16/562:** Gebärdensprachdolmetscher sowie barrierefreie Kommunikation für Menschen, die Gebärdensprachdolmetscherdienstleistungen nutzen
- **Drs. 16/5642:** Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderung
- Impulspapier: 10-Punkte Plan zur Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Investitionsförderung
- Impulspapier: Einführung eines Fördermodells zur 24-Stunden-Betreuung in der eigenen Häuslichkeit

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.

Im Fokus:

Gesundheitsstandort Baden-Württemberg

„Chancen für mehr Gesundheit – auch für mich?“. So lautete der Titel des Liberalen Seniorentags. Die enorme Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für Baden-Württemberg sowie einige der Herausforderungen wurden von Seiten BIOPRO dargestellt. Dort wurde im Jahr 2018 die Geschäftsstelle des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg angesiedelt. Big Data ist ein Schlüssel für die personalisierte Medizin, denn die so genannte translationale Forschung ist auf eine breite Datenbasis angewiesen. Die Digitalisierung bietet hier vielfältige Chancen für mehr Gesundheit. Die Medizinprodukteverordnung bleibt ein großes Problem und kann zu Versorgungsengpässen führen. Denn alle bereits im Verkehr befindlichen Medizinprodukte müssen von benannten Stellen zertifiziert werden – von denen es noch nicht genügend gibt. Im zweiten Teil der Veranstaltung ging es um die Frage „Ersetzt digitale Medizin den Arzt vor Ort?“. Fazit: Die Telemedizin bietet vielfältige Chancen, soll jedoch nur eine Ergänzung sein. Es braucht auch in Zukunft den Arzt-Patienten-Kontakt.

› Ländlicher Raum und Verbraucherschutz

2019 stand ganz im Zeichen des Waldes und der Forstwirtschaft. Im Frühjahr beriet der Landtag als Folge des langjährigen Kartellstreits über die Einheitsforstverwaltung für Landes-, Kommunal- und Privatwald ein umfangreiches Reformpaket. Leider hielt sich Grün-Schwarz nicht an frühere Versprechungen, eine reine Strukturreform auf den Weg zu bringen, sondern nutzte vor allem die Änderung des Landeswaldgesetzes für einen produktions- und eigentumsfeindlichen Bürokratieaufbau, der vorrangig die 240.000 Kommunal- und Privatwaldbesitzer in Baden-Württemberg treffen wird, während der Staatswald zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt erwarten darf. Die FDP/DVP-Fraktion hat das Gesetzespaket daher entschieden abgelehnt.

Über den Sommer hinweg rückten die massiven Trocken- und Käferschäden im Wald in den Vordergrund. Während die übrigen Fraktionen vergleichsweise spät auf die verheerende Entwicklung reagierten, tourten Klaus Hoher und Rudi Fischer während der parlamentarischen Sommerpause quer durch das Land, um sich ein Bild von den praktischen Folgen für Waldbauern, Forstdienstleister und Rohholz verarbeitende Betriebe zu verschaffen. Die parlamentarischen Initiativen des Arbeitskreises entwickelten tatsächlich in vielen Fragen den nötigen Druck auf die Landesregierung — sei es bei der Forderung nach Konzepten für zusätzliche Nasslager oder bei Ausnahmegenehmigungen des Verkehrsministeriums für die Auflastung von Holztransporten. Schließlich folgte das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auch dem Vorschlag der FDP/DVP-Fraktion, sich das niedersächsische Modell Mobilfunk-gestützter Waldläufer und die bayerischen Fördermaßnahmen für die Aufarbeitung von Käferholz zum Vorbild zu nehmen.

Auch bei der Zukunftssicherung ländlicher Räume standen konstruktive Ansätze im Vordergrund der liberalen Oppositionsarbeit. Mit der Großen Anfrage „Regionalisierung und Digitalisierung – Chancen für ländliche Räume und Landesentwicklung“ sowie der Broschüre „Smartes Ländle – Denken wir unser Landleben neu!“ hat die FDP/DVP-Fraktion konkrete landespolitische Stellschrauben aufgezeigt, um einem Ausbluten und Überaltern ländlicher Landkreise durch mehr Dezentralität in der Landesstruktur und Lebensqualität in der Fläche aktiv entgegenzuwirken.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/6330** Förderung der Erforschung von Alternativmethoden in der Produkttestung zur Verringerung des Versuchstierverbrauchs
- **Drs. 16/6528:** Sanierungsvorhaben an der Staatsschule für Gartenbau Stuttgart-Hohenheim

- **Drs. 16/5452:** Freigabe der Korrektursignale des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landesvermessungen (SAPOS) für die Präzisionslandwirtschaft
- **Drs. 16/6551:** Artenvielfalt im Wirtschaftswald
- **Drs. 16/6712:** Modernisierung des Fischereirechts in Baden-Württemberg
- **Drs. 16/6784:** Vernetzung, Resilienz, Cybersicherheit und Datenhoheit in der digitalen Landwirtschaft – Entwicklung einer GeoBox-Infrastruktur
- **Drs. 16/6759:** Maßnahmen für den Schutz von Wald und Forstwirtschaft
- **Drs. 16/6824:** Regionalisierung und Digitalisierung – Chancen für ländliche Räume und Landesentwicklung
- Broschüre: Smartes Ländle - Denke wir uns Landleben neu!

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.

Im Fokus:

Kretschmann und die „menschlichen Bienen“ von Hanyuan

Der Schwund der Artenvielfalt geht uns alle an. Umso wichtiger ist es, dass redliche Politiker Fakten nicht wohlfeilem grünen „Storytelling“ opfern. Als Ministerpräsident Kretschmann in einer Rede behauptete, angesichts des Insektenschwunds müssten Obstbäume in Zukunft womöglich von Menschenhand bestäubt werden und in China sei dies „teilweise schon heute so“, wollte unser Agrarpolitiker Klaus Hoher dies dann doch genauer erklärt haben – wohlwissend, dass die Handbestäubung nahe der chinesischen Stadt Hanyuan nicht wegen einer Umweltkatastrophe, sondern gezielt im Rahmen eines besonderen Zuchtverfahrens durchgeführt wird. Auf seine Kleine Anfrage „Mythos Handbestäubung – Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Jinhuali-Birne aus Sichuan?“ (Drucksache 16/6824) hin musste das Staatsministerium einräumen, dass es als Quelle für den einschlägigen Redebeitrag einen norwegischen Roman mit fiktiver Handlung heran gezogen hatte und dass die Zahl der Honigbienen-Völker im Reich der Mitte in den vorigen Jahren tatsächlich auf mehr als 9,1 Millionen gestiegen ist.

› Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Die planwirtschaftliche Energiepolitik in Bund und Land hält mit den tatsächlichen Entwicklungen und Notwendigkeiten der Energiewirtschaft nicht mehr Schritt. Im Januar legte die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission ihren Abschlussbericht vor. Auch wenn dieser einzelne brauchbare Ansätze enthielt, lag ihm doch erkennbar die zentralverwaltungswirtschaftliche Staatsgläubigkeit zugrunde, wonach die Feinmechanik des Kohleausstiegs von Bundesregierung und Bundesnetzagentur zu steuern sei. Umso erfreulicher war es, als die Beantwortung des Antrags „Zukunftssichere Rahmenbedingungen für gesicherte Kraftwerksleistung“ von Daniel Karrais zutage förderte, dass der Kohleausstieg schon längst im Gang ist, rein marktwirtschaftlich aufgrund des über 25 Euro je Tonne CO₂-Äquivalent gestiegenen Emissionshandels und wegen moderater Beschaffungspreise für Erdgas. Beides führt dazu, dass die vorhandenen Gaskraftwerke die Kohlekraftwerke zunehmend aus dem Markt drängen. Der deutsche Kraftwerkspark emittierte daher im Juni 2019 schon ein ganzes Drittel weniger Treibhausgase als noch im Juni 2018. Wichtig wäre vor diesem Hintergrund eigentlich nicht die öffentlichkeitswirksame Beschäftigung mit der Kohle, sondern die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für moderne Gaskraftwerke.

Mit der Großen Anfrage „Synthetische und biogene Gase als Bindeglied der energiewirtschaftlichen Sektorenkopplung“ hat die FDP/DVP-Fraktion im September eine offene Flanke der Energiewende aufgetan. Denn aus den Stromnetzen bezog Deutschland im Jahr 2018 etwa 595,6 Terrawattstunden Energie, aus den Erdgasnetzen verbrauchte Deutschland indessen 945,3 Terrawattstunden Energie. Zudem spielt Gas eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Stromerzeugung. Doch während der Öko-Anteil am deutschen Bruttostromverbrauch schon die 40-Prozent-Marke überschreitet, hat die Energiewende im Gasmarkt praktisch noch gar nicht begonnen. In der Großen Anfrage hat die FDP/DVP-Fraktion zahlreiche Vorschläge zu Regulatorik, Infrastruktur und Forschung entwickelt, um die Anteile von Wasserstoff, synthetischem Methan und Bio-Methan in der Erdgasversorgung voranzubringen. Soll die Treibhausgas-Neutralität bis Mitte des Jahrhunderts erreicht werden, so müssen wir jetzt die Gaswende anpacken und den Weg ins Wasserstoff-Zeitalter bahnen.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen

- **Drs. 16/5220:** Fang- und Fallenjagd im Nationalpark Schwarzwald
- **Drs. 16/5248:** Strom- und Gaspreiserhöhungen zum 1. Januar 2019
- **Drs. 16/5519:** Immissionsschutzrechtliche Hürden für die Holzenergie-Nutzung
- **Drs. 16/5940:** Bestand der Salweiden in Baden-Württemberg

- **Drs. 16/5947:** Windenergieanlagen als tödliche Falle bei der Fluginsekten-Migration
- **Drs. 16/6775:** Flüssiggas als Absatzmarkt für Biogasanlagenbetreiber
- **Drs. 16/6719:** Ökologischer Zustand des Neckars
- **Drs. 16/6657:** Zukunftssichere Rahmenbedingungen für gesicherte Kraftwerksleistung
- **Drs. 16/6922:** Synthetische und biogene Gase als Bindeglied der energiewirtschaftlichen Sektorenkopplung
- **Impulspapier:** Gas geben für den Klimaschutz! Mit Wasserstoff sowie synthetischem und biogenem Methan auf dem Weg in eine klimaneutrale Gasversorgung 2050

Alle Anträge finden Sie im Internet unter www.landtag-bw.de (Rubrik: „Dokumente“ und dort „Parlamentsdokumentation“). Wenden Sie sich bei Fragen gerne an uns.

Im Fokus:

Grün-Schwarzer Wackelkurs zum Volksbegehren Artenschutz

Seit Mai 2019 war der Gesetzentwurf bekannt, den das Aktionsbündnis um ProBiene per Volksbegehren durchsetzen wollte. Die FDP/DVP-Fraktion positionierte sich schon am 12. Juli detailliert gegen den Gesetzentwurf – nicht aus fundamentaler Ablehnung gegen mehr Naturschutz, sondern mit Blick auf die drohenden Eingriffe in Eigentumsrechte, das Recht auf freie Berufsausübung und den Datenschutz sowie hinsichtlich der zu erwartenden horrenden Kosten für Land, Kommunen und Landwirtschaft. Die Regierungsfaktionen indessen taten sich schwer, zu einer klaren Haltung zu finden. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Reinhart erklärte am 22. Juni gegenüber der Stuttgarter Zeitung, er unterstütze das Volksbegehren. Seine Pressestelle teilte zudem mit, man prüfe noch, ob man den Gesetzentwurf „eins zu eins übernehmen“ könne, oder einzelne Punkte ändern müsse. Vier Tage später ließ sich Reinhart mit dem NABU-Landesvorsitzenden fotografieren und erklärte abermals feierlich seine Unterstützung. Erst Mitte Oktober bereitete ausgerechnet der grüne Ministerpräsident diesen skurrilen Szenen ein Ende und erklärte, das Volksbegehren gehe inhaltlich so gar nicht.

› Petitionen

Petitionen sind gelebte Bürgerbeteiligung. Das Petitionsrecht ist ein Recht, das allen Bürgerinnen und Bürgern zusteht. Eine Petition kann also jeder einreichen, der mit einem Verwaltungsakt oder einer Behördenentscheidung nicht zufrieden ist. Der Petitionsausschuss des Landtages versucht, den Sachverhalt aufzuklären und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die den Interessen der Beteiligten gerecht werden. Ein Allheilmittel ist der Petitionsausschuss aber nicht. Auch er hält sich an Recht und Gesetz und beachtet die unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Bundes- oder Landesebene. In ein laufendes Gerichtsverfahren greift er nicht ein und stellt rechtskräftige Gerichtsurteile nicht in Frage.

In der ersten Hälfte der 16. Legislaturperiode wurden bereits deutlich über 2500 Petitionseingaben an den Landtag von Baden-Württemberg gerichtet. Die meisten Petitionen haben das Ausländer- und Asylrecht dicht gefolgt von Bausachen zum Inhalt. Zu jeder Eingabe lässt sich der Ausschuss vom zuständigen Ministerium einen Bericht geben, in dem die Sach- und Rechtslage dargestellt wird. Der Ausschuss kann sich auch ein eigenes Bild von der Lage machen indem er einen Ortstermin in der Besetzung einer kleinen Kommission ansetzt; in der ersten Hälfte der aktuellen Legislaturperiode ist das bereits über 40 Mal so geschehen.

Andere Sachverhalte werden in einer der Ausschusssitzung mit Vertretern und Vertreterinnen der Ministerien diskutiert und beraten. Bis zur Sommerpause 2019 ist das bei über 250 Petitionen so geschehen. Jeder Abgeordnete im Petitionsausschuss bekommt Petitionen zugeteilt, die er als Berichterstatter federführend behandelt. Dem Ausschuss präsentiert und begründet er dann seine Beschlussempfehlung, die im Ausschuss abgestimmt wird. Dieses Ergebnis wird in einem weiteren Schritt dem Landtag von Baden-Württemberg als Beschlussempfehlung unterbreitet und im Plenum abgestimmt. Erst wenn das Plenum votiert hat, ist die Petition beschieden. Von den Abgeordneten werden also ein genaues Aktenstudium und ein kritisches und maßvolles Auge auf (bürokratische) Abläufe gefordert.

Hier können Petitionen eingereicht werden: www.landtag-bw.de/Petitionen



Im Fokus:

Persönlicher Einsatz und Engagement vor Ort

Eine Inaugenscheinnahme ist durch nichts zu ersetzen. In diesem Sinne waren unsere beiden Abgeordneten Jürgen Keck und Stephen Brauer im Rahmen von Vor-Ort Terminen quer durch Baden-Württemberg unterwegs. Sie besichtigten beispielsweise ein Kiesabbaugebiet im Landkreis Konstanz, einen historischen Keller am Marktplatz in Ellwangen, einen Bogenschießparcours in der Nähe von Salem, einen Standort für eine Windkraftanlage in der Nähe von Crailsheim, geplante Motorradstellplätze direkt am Bodensee in Überlingen oder eine gefährliche Kreuzung bei Friedrichshafen. „Der persönliche Eindruck von den örtlichen Begebenheiten kann auf Karten und Bildern manchmal trügen. Daher sind solche Termine, bei denen man auch auf die Petenten trifft und mit ihnen in Kontakt kommt, sehr wertvoll für unsere Arbeit“, sagt Obmann Jürgen Keck und freut sich auf die weitere Arbeit im Petitionsausschuss.

› **Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“**

Der Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung der Vorgänge an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg (HVF) und der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK), insbesondere des möglichen pflichtwidrigen Verhaltens von Ministerin Bauer“ hat im Oktober seinen Abschlussbericht vorgestellt. Die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen war in die Kritik geraten, nachdem 2011 dreizehn Professoren in eine andere Besoldungsgruppe eingestuft worden waren.

Für uns war bereits vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses klar, dass hier eine sachliche Aufklärung dringend vonnöten ist. Durch unsere Hartnäckigkeit bei Parlamentsanträgen hatte sich herauskristallisiert, dass angesichts des fehlenden Aufklärungswillens des Wissenschaftsministeriums ein Untersuchungsausschuss in der Situation das Mittel der Wahl war, auch weil die Hochschule in Ludwigsburg nicht zur Ruhe kam. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses kann als ausgesprochen erfolgreich bezeichnet werden, ist es doch gelungen, neben der Aufklärung der rechtswidrigen Zustände an der HVF das Wissenschaftsministerium zum Umdenken zu bewegen und die Zulagenvergabe an baden-württembergischen Hochschulen systematisch zu überprüfen. Dabei stellte sich heraus, dass es an einer Vielzahl weiterer Hochschulen Unstimmigkeiten bei der Gewährung diverser Zulagen gegeben hat. Damit ist klar, dass es sich bei den Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg eben nicht um einen Einzelfall handelte. Hätte Ministerin Bauer einen echten Aufklärungswillen bei den Vorgängen gehabt und ihre Fürsorgepflicht ernst genommen, so wäre sie selbst aktiv geworden und hätte beispielsweise das Gespräch mit der Ludwigsburger Rektorin Dr. Stöckle gesucht. In der ganzen Zeit aber ließ Ministerin Bauer die Rektorin Dr. Stöckle allein im Regen stehen. Die von der Ministerin eingesetzte Kommission an der Hochschule zur Befriedung der Lage agierte nicht als unabhängige Kommission, sondern als verlängerter Arm des Ministeriums. So hat das Ministerium unter anderem durch die Vorlage ausgewählter Unterlagen massiv Einfluss auf das Ergebnis der Kommission genommen.

Die Krise an der HVF wäre vermeidbar gewesen, wenn das Ministerium seine Aufgaben ernst- und wahrgenommen hätte.

Ausgewählte parlamentarische Initiative

- **Drs. 16/6800:** Bericht und Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses



Im Fokus:

Der Untersuchungsausschuss in Zahlen

- Der Landtag hat am 8. Februar 2017 den Untersuchungsausschuss eingesetzt und am 17. Oktober 2019 beendet.
- Die konstituierende Sitzung war am 22. Februar 2017.
- Insgesamt fanden 23 Ausschusssitzungen statt. Das sind rund 110 Sitzungstunden.
- Es wurden 50 Beweisschlüsse gefasst, 39 Zeugen vernommen und drei Sachverständige gehört.
- Der Aktenumfang beträgt rund 200 Aktenordner, was circa 25 Regalmetern entspricht.
- Der Abschlussbericht umfasst rund 1.300 Seiten mit insgesamt rund 10 Empfehlungen.
- Die Kosten für den UA belaufen sich nach derzeitigen Prognosen auf rund 1,5 Millionen Euro.

› Ansprechpartner in der Fraktion

Dr. Christian Greiff

Fraktionsgeschäftsführer

Tel.: 0711 2063-946
christian.greiff@fdp.landtag-bw.de

Harald Paulsen

Stv. Fraktionsgeschäftsführer

Parlamentarischer Berater für Kultus,
Jugend und Sport; Glücksspiel und
Medien

Tel.: 0711 2063-953
harald.paulsen@fdp.landtag-bw.de

Dr. Lukas Braun

Parlamentarischer Berater für Umwelt,
Klima und Energie; Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz

Tel.: 0711 2063-9001
lukas.braun@fdp.landtag-bw.de

Markus Flandi

Parlamentarischer Berater für Verkehr;
Soziales und Integration
und Gesundheitspolitik

Tel.: 0711 2063-927
markus.flandi@fdp.landtag-bw.de

Sebastian Haag

Stv. Pressesprecher
Parlamentarischer Berater für Haushalt
u. Finanzen; Europa und Internationales

Tel.: 0711 2063-945
sebastian.haag@fdp.landtag-bw.de

Benjamin Haak

Parlamentarischer Berater für Wirt-
schaft, Arbeit und Wohnungsbau,
Wissenschaft, Forschung und Kunst

Tel.: 0711 2063-928
benjamin.haak@fdp.landtag-bw.de

Elisabeth Haux-Wong

Verwaltung und Organisation

Tel.: 0711 2063-9112
elisabeth.haux-wong@fdp.landtag-bw.de

Dr. Jan Havlik

Pressesprecher

Tel.: 0711 2063-9401
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de

Niklas Junkermann

Öffentlichkeitsarbeit und Organisation

Tel.: 0711 2063-9126
niklas.junkermann@fdp.landtag-bw.de

Jule Prinz

Persönliche Referentin des
Fraktionsvorsitzenden

Tel.: 0711 2063-9122
jule.prinz@fdp.landtag-bw.de

Johanna Molitor

Parlamentarische Beraterin für
Petitionen und Digitalisierung

Tel.: 0711 2063-9262
johanna.molitor@fdp.landtag-bw.de

Dr. Timur Lutfullin

Parlamentarischer Berater für
Innenpolitik und Migration;
Recht und Verfassung

Tel.: 0711 2063-9129
timur.lutfullin@fdp.landtag-bw.de

Yasmin Seifer

Sekretariat und Organisation

Tel.: 0711 2063-918
yasmin.seifer@fdp.landtag-bw.de

Carolin Schmollinger

Social Media

Tel.: 0711 2063-9121
carolin.schmollinger@fdp.landtag-bw.de

Elke Staiger

Assistentin der Geschäftsführung

Tel.: 0711 2063-939
elke.staiger@fdp.landtag-bw.de

Hanna Tegemann

Politische Koordination und
Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 0711 2063-9131
hanna.tegemann@fdp.landtag-bw.de

Andreas Wolff

Mitarbeiter des Fraktionsvorsitzenden

Tel.: 0711 2063-9127
andreas.wolff@fdp.landtag-bw.de

FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 20 63-918

E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de



[/fdpdvpfraktion](https://www.facebook.com/fdpdvpfraktion)



[@fdpdvpfraktion](https://twitter.com/fdpdvpfraktion)



[fdpdvp_bw](https://www.instagram.com/fdpdvp_bw)



www.fdp-dvp.de